

Luxemburg: Aufbau einer grenzüberschreitenden Metropolregion¹

Dr. Christophe Sohn, Dr. Olivier Walther

CEPS/INSTEAD

3 avenue de la Fonte, L-4364 Esch-sur-Alzette, Luxemburg

QuattroPole

18.11.2011

Einleitung

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte haben die Intensivierung der Globalisierung der Wirtschafts- und Kulturströme, die Restrukturierung der Staatsterritorien und die Verstärkung der regionalen Integration zu einer Verlagerung der Funktionen geführt, die den Grenzen der Nationalstaaten traditionell zugewiesen werden (Anderson und O'Dowd 1999). In Europa stellen die Grenzen heute eher Schnittstellen dar, die zum Kontakt und Austausch ermutigen sollen, und fungieren nicht mehr als territoriale Abgrenzungen; die Grenzen spielen eine strukturelle Rolle bei der Unterscheidung politischer und wirtschaftlicher Systeme sowie verschiedener Kulturen und Identitäten (O'Dowd 2003). Die Multiplikation und Intensivierung von grenzüberschreitenden Kapital-, Waren-, Arbeitskräfte- und Datenströmen haben zur Zusammenarbeit und zur Bildung von Leitstrukturen zwischen lokalen und/oder regionalen Behörden auf beiden Seiten der Grenzen geführt (Perkmann 2003). Die Entstehung von grenzüberschreitenden Regionen steht in engem Zusammenhang zu dem Prozess der europäischen Integration und ist in eine Institutionalisierungsstrategie über mehrere Ebenen hinweg eingebettet.

Aufgrund dieser Veränderungen hat die Beziehung zwischen städtischen und Grenzräumen völlig neue Perspektiven bekommen. Grenzregionen werden nicht länger als periphere Räume angesehen, die vom Phänomen der Urbanisierung und der wirtschaftlichen Globalisierung ausgeschlossen sind (Saez, Leresche und Bassand 1997). Im Gegenteil: Im konkreten Fall der grenzüberschreitenden Metropolregionen bietet die Schnittstellenfunktion der immer durchlässiger werdenden Grenzen Städten die Möglichkeit, sich grenzübergreifende Unterschiede zu Nutze zu machen und von den positiven Auswirkungen zu profitieren, die diese Unterschiede für Unternehmen und Grenzgänger bieten.

Im Fall von Luxemburg wird der Bau einer grenzüberschreitenden Metropolregion auf der Grundlage einer Prozessanalyse der räumlichen Integration untersucht: der Grad und die Möglichkeiten der Interaktion zwischen Regionen und deren Wille zur Zusammenarbeit (De Boe, Grasland und Healy 1999). Auf der Basis der Unterscheidung zwischen funktionalen Räumen und institutionellen Territorien ist es dann möglich, die funktionale Dimension der Integration von ihrem institutionellen Gegenstück zu unterscheiden, oder um in den Worten Perkmans (2007) zu sprechen: die Unterscheidung der *marktorientierten Integration* von der *politikorientierten Integration*. Erstere bezieht sich auf sozioökonomische Interaktionen, während letztere die

¹ Eine frühere Version dieses Artikels wurde in englischer Sprache in Sohn C (ed.) 2011 veröffentlicht. Der Aufsatz wurde bereits 2009 geschrieben. Er trägt daher den jüngsten Initiativen zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Metropolregion nicht mehr Rechnung.

Initiativen betrifft, die politische Akteure in Angelegenheiten der grenzübergreifenden Zusammenarbeit umsetzen (Reitel 2007, Sohn und Walther 2009). Hypothese des Aufsatzes ist, dass die beiden Dimensionen der Integration nicht notwendigerweise zusammen fallen und dass die Errichtung einer grenzüberschreitenden Metropolregion durch temporäre Vorteile abgegrenzt wird, die aus der Öffnung und Schließung der Grenzen entstehen.

Im ersten Abschnitt dieses Artikels erfolgt eine Darstellung wichtiger theoretischer Elemente der grenzüberschreitenden Integration. Auf der Basis eines konstruktivistischen Ansatzes zeigt der Artikel auf, dass es sich bei der Entstehung von grenzüberschreitenden Metropolregionen um einen dynamischen Prozess handelt. Darin die Fragen, die sich auf Grenzen und insbesondere auf die sich bietenden wirtschaftlichen oder symbolischen Vorteile beziehen, ein zentrales Element der kooperativen Strategien, die die Akteure umsetzen. Im zweiten Teil unseres Aufsatzes wird der Umfang der Unterscheidung zwischen der funktionalen Integration, die zwischen Luxemburg und den Grenzregionen vorherrscht, und der Art der grenzübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Großregion im Verlauf der letzten Jahrzehnte dargelegt. Dieser Unterschied zwischen den beiden Dimensionen der räumlichen Integration kann interpretiert werden als das Resultat einer Art der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die auf der Nischenpolitik der Ausnutzung und des Aufbaus des Potenzials der Grenzen auf Seiten des Staates Luxemburg basiert. Im dritten Teil werden die derzeitigen Beschränkungen dieser Situation hervorgehoben sowie die Interessen und Perspektiven beleuchtet, die der aktuellen Umsetzung der grenzübergreifenden Zusammenarbeiten zu Grunde liegen.

Grenzübergreifende metropolitane Integration: theoretische Elemente

Um die grenzübergreifende metropolitane Integration in Luxemburg und insbesondere die Rolle des Grenzkontextes in diesem Prozess zu untersuchen, bedarf es zunächst einer Definition des Konzepts der grenzüberschreitenden Metropolregion. Diese theoretische Klarstellung erlaubt dann die Demonstration dessen, dass Grenzen nicht länger allein als Hindernisse der sozioökonomischen Beziehungen, sondern auch als neue Ressourcen gesehen werden.

Ein konstruktivistischer Ansatz der Betrachtung von grenzübergreifenden Metropolregionen

Im Gegensatz zu den „nominalistischen“ Ansätzen, die die Existenz von Grenzregionen für offensichtlich halten, und unter Berücksichtigung der tatsächlichen oder potenziellen Existenz von funktionalen Interaktionen oder historischen, kulturellen, wirtschaftlichen oder politischen Affinitäten verfolgen wir einen konstruktivistischen Ansatz hervor. Dieser betrachtet das Entstehen von grenzüberschreitenden Metropolregionen als historisch-spezifischen Prozess der sozialen Entwicklung (Perkmann 2003).

Mit der permanenten Umstrukturierung räumlicher und territorialer Systeme entstehen neue Regionen; sie entwickeln sich weiter und verschwinden gelegentlich auch wieder. Nach dieser Sichtweise entstehen Metropolregionen aus einem Komplex politischer, wirtschaftlicher, kultureller und verwaltungsbezogener Vorgänge und Verläufe. Im Rahmen der diskursiven Errichtung sind die Akteure häufig bestrebt, gemeinsame kulturelle, wirtschaftliche oder ethnische Ressourcen in einem Versuch der Legitimierung ihrer Sichtweise zu mobilisieren. Darüber hinaus kann die grenzüberschreitende Metropolregion als Produkt des gesellschaftlichen Handelns zum Machtinstrument werden, das in der Lage ist, wirtschaftlichen und kulturellen

Beziehungen oder Führungsbereichen Struktur zu verleihen. Wie empirische Beobachtungen zeigen, ist die Existenz eines funktional integrierten Raums jedoch keine unerlässliche Voraussetzung für die Stärkung der kooperativen Beziehungen zwischen den Akteuren. Beispiele wie Kopenhagen-Malmö (Øresund) und Wien-Bratislava (Centropo) zeigen, dass eine dynamische institutionelle Integration auf Metropolebene nicht unbedingt an starke Manifestierungen funktionaler Abhängigkeiten gebunden sein muss (MOT 2006, ESPON 2010). Darüber hinaus zeigt etwa der Fall Luxemburg dass die politische Koordinierung trotz der Vielzahl von funktionalen Verknüpfungspunkten mit Grenzterritorien nicht auf einer Ebene stattfindet, die den zur Debatte stehenden Angelegenheiten gerecht würde.

Wie Anderson und O'Dowd (1999) betonen, können letztlich viele weitere Elemente Grundlage eines Integrationsprozesses sein, beispielsweise eine gemeinsame Geschichte, die zu gemeinsamen kulturellen oder ethnischen Charakteristika führt oder die Gegenüberstellung asymmetrischer politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Systeme, die die Ausnutzung unterschiedlicher Gehaltsstrukturen, Preise und Vorschriften auf der anderen Seite der Grenze möglich machen. Diese Bemerkungen leiten zu dem Argument, dass die Angleichung der räumlichen Größe der funktionalen Beziehungen und der Art der grenzübergreifenden Zusammenarbeit nicht notwendigerweise ein erstrebenswerter Vorteil ist. Im grenzüberschreitenden Kontext lassen sich bestimmte Lücken in Bezug auf die Integration durch strategische Überlegungen erklären, die mit der Präsenz einer Grenze und den Vorteilen, die diese Präsenz den Akteuren bieten kann, erklären.

Die Grenze – Ressource oder Identifizierungsfaktor?

Die Tatsache, dass Grenzen einen Vorteil darstellen und Schutz bieten können (und nicht nur ein Hindernis für verschiedene Ströme bilden) wurde in der Literatur bis heute relativ wenig diskutiert (Anderson, O'Dowd und Wilson 2003, Van Houtum 2000). Seit dem Ende der 1970er Jahre haben jedoch einige Autoren aufgezeigt, dass Grenzregionen im Zusammenhang mit dem Projekt Europa von ihrer konkreten Situation profitieren können. Als Reaktion auf Arbeiten zur Theorie von Standorten und Wachstumszentren formuliert Hansen (1977: 12) beispielsweise die These, dass „eine stabile Grenze gemeinsam mit einer relativ ungehinderten internationalen Beschäftigung und Kapitalmobilität unter dem Strich für eine Grenzregion mehr Vorteile als Nachteile bringt“ (eigene Übersetzung). Auf der Grundlage seines Beispiels der Oberrheinregion bildet seine Arbeit das Fundament für eine Theorie der Grenzregionen. Es stimmt, gibt Hansen zu, dass die politische Instabilität aufgrund der Nähe der Grenze ein bestimmtes wirtschaftliches Risiko birgt, das sich in Preisen und Nachteilen der Grenzmärkte gegenüber Städten in zentraleren Regionen innerhalb des Landes niederschlägt. Es ist auch richtig, dass Grenzen komplementäre Marktregionen teilen, was zu einer Verdoppelung von Institutionen oder Dienstleistungen führt, die in einem homogenen Markt zu niedrigeren Kosten angeboten werden könnten. Wie jedoch viele folgende Arbeiten zeigen, bieten Grenzregionen einzigartige Möglichkeiten (Leresche und Saez 2002), insbesondere grenzüberschreitende Metropolregionen, die seit den 1980er Jahren in der Lage waren, vom progressiven Aufheben der Grenzen innerhalb der Europäischen Union zu profitieren. Die Vorteile von Grenzregionen lassen sich danach einteilen, ob die Grenze als Ressource angesehen wird, vor allem aufgrund der Unterschiede und des daraus potenziell entstehenden Nutzens, oder als Identifikationsfaktor mit der neuen grenzüberschreitenden Territorialität wahrgenommen wird (Sohn 2010).

Die Grenze stellt eine Ressource dar, wenn sie die Umsetzung eines Wirtschaftsmodells zulässt, das auf den verhältnismäßigen Vorteilen der beiden Länder basiert. Unternehmen können hier eine bestimmte funktionale Spezialisierung vornehmen und ihren Hauptsitz und die Produktionsstandorte in dem Land ansiedeln, in dem die Steuern und Arbeitskosten niedriger sind, eine Möglichkeit, die Lösch (1940) bereits in Bezug auf die Schweiz und Deutschland diskutierte. Der grenznahe Standpunkt kann außerdem bestimmte Regionen in die Lage versetzen, von höherwertigen Versorgungsfunktionen im Nachbarland (Oper, Theater, große Museen) oder vergleichsweise günstigeren Produkten (Benzin, Zigaretten, Nahrungsmittel) zu profitieren. Dieser bekannte Vorteil von Grenzregionen führt in der Regel zu einer starken Asymmetrie in Bezug auf die Bereitstellung von Dienstleistungen und Produkten. Durch die Präsenz einer Grenze kann man außerdem Vorteile aus Grundstücksressourcen ziehen, wie beispielsweise in den Fällen von Genf (INSEE-OCSTAT 2008), der Grenze zwischen den Niederlanden und Deutschland (Van Houtum und Gielis 2006) und Luxemburg (Carpentier 2010). Haushalte, die ein Grundstück erwerben wollen, können unter Umständen im benachbarten Grenzgebiet ein Grundstück finden, das einfacher verfügbar und günstiger ist. Letztlich ermöglicht es die Präsenz einer Grenze auch den territorialen Akteuren sich an grenzüberschreitenden Projekten zu beteiligen, um zusätzliche finanzielle Unterstützung von der EU zu bekommen. Seit den 1990er Jahren spielen EU-finanzierte Projekte, die im Rahmen von Initiativen entwickelt wurden, die auf die Stimulierung Regionen übergreifender Zusammenarbeit abzielen (Interreg) eine wesentliche Rolle bei der Einrichtung neuer grenzüberschreitender Instanzen, sowohl aus quantitativer Sicht (Unterstützung der Schaffung neuer Initiativen) als auch aus qualitativer Sicht (Übertragung bestehender, weniger strukturierter Kooperationsvereinbarungen auf institutionalisierte Instanzen).

Die Grenze kann auch ein Identifizierungsfaktor für grenzüberschreitende Metropolregionen sein, die sich diese Position gegenüber anderen grenzüberschreitenden Regionen im In- oder Ausland zu Nutze machen. In Basel hängen grenzübergreifende Projekte wie der Trinationale Eurodistrict Basel und metrobasel mit der Notwendigkeit zusammen, sich international zu öffnen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt zu sichern, die in einer Region mit niedrigem demographischem Wachstum liegt und die mit dem Konkurrenten Zürich zu kämpfen hat (Reitel 2006). Basel ist daher bestrebt, seine Sichtbarkeit als internationales Kunst- und Kulturzentrum zu steigern, indem man den in der Region stattfindenden Events, wie beispielsweise der Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020, eine grenzübergreifende Dimension verleiht. Die Präsenz einer Grenze ermöglicht es bestimmten, in ihren nationalen Systemen räumlich marginalisierten, Akteuren, ihre eigene Autonomie zu stärken. Durch Zusammenarbeit und Bündnisse, die sich über die institutionellen und territorialen Abteilungen erstrecken, können sich diese territorialen Akteure an Projekten beteiligen, die über ihre strengen nationalen Grenzen hinausgehen. Und letztlich bietet die Anwesenheit der Grenze die Möglichkeit der Bildung neuer Führungsstrukturen, insbesondere angesichts der großen Flexibilität der gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen, die den Rahmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit bilden. Dies erlaubt die Umsetzung von institutionellen Strukturen auf der Grundlage von Netzwerken und nicht allein auf der Grundlage einer Hierarchie (Blatter 2003).

Grenzübergreifende metropolitane Integration: das Paradox Luxemburg

Angewandt auf den Fall Luxemburg zeigt die Analyse der grenzübergreifenden metropolitenen Integration, dass die Anzahl funktionaler Verknüpfungspunkte zwischen Luxemburg und den

Grenzterritorien, insbesondere in Form des Phänomens der grenzüberschreitenden Beschäftigung, wesentlich größer ist als die Anzahl der grenzübergreifenden Projekte, die es bis heute gibt. Diese Situation ist in den Kontext zu setzen zur Dynamik des urbanen und wirtschaftlichen Wachstums, das Luxemburg in den vergangenen Jahrzehnten erfahren hat.

Starke funktionale Integration auf der Basis der florierenden Metropolfunktionen

Luxemburgs Metropolfunktionen begannen in den 1970er Jahren zu florieren. In dieser Zeit, die durch die rückläufige Entwicklung der Stahlindustrie des Landes gekennzeichnet ist, entschied sich das Land Luxemburg zur Entwicklung einer Nischenpolitik auf der Basis von Steuergesetzen, die auf internationaler Ebene attraktiv waren. Diese Strategie führte dazu, dass sich immer mehr ausländische Banken im Land niederließen, ab den 1980er Jahren gefolgt von der auf Finanzdienstleistungen spezialisierten Dienstleistungsbranche. Das Wirtschaftswachstum, das aus dieser Nischenpolitik resultierte, war wesentlich größer als das anderer europäischer Länder und führte dazu, dass Luxemburg sich als internationales Finanzzentrum etablierte, spezialisiert auf die Vermögensmanagement und das Privatkundengeschäft. Diese hochwertigen Dienstleistungen wurden vor allem in der Hauptstadt Luxemburg angeboten, die heute anderthalb mal so viele Arbeitsplätze bietet wie sie Einwohner hat (Walther und Schulz 2009). Die Stadt ist außerdem Sitz vieler europäischer Institutionen wie der Europäischen Kommission, des Europäischen Gerichtshofs, des Europäischen Rechnungshofs und der Europäischen Investitionsbank, was zur Entstehung eines außergewöhnlich hoch qualifizierten Beschäftigungspools auf regionaler Ebene geführt hat. Das Wachstum des Finanzzentrums und die Zunahmen der europäischen Aktivitäten unterstützen die wirtschaftliche und politische Zentralität der Stadt auf europäischer Ebene. Luxemburg ist heute eine Stadt mit wesentlich mehr Einfluss als man ausgehend von der Einwohnerzahl erwarten würde (94.000 in 2011).

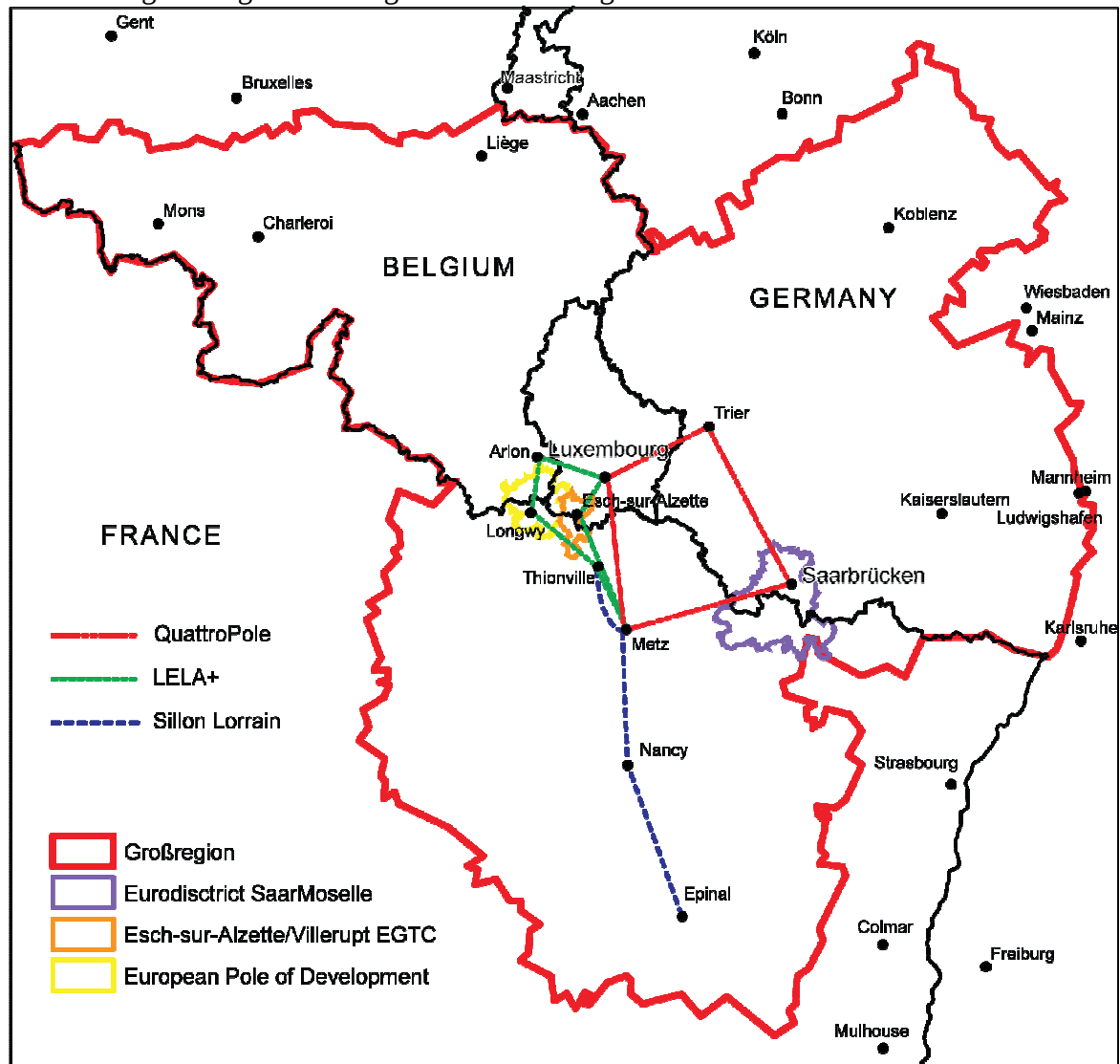
Ab den 1980er Jahren führte die zunehmende wirtschaftliche Aktivität der Stadt und Verdichtung Luxemburgs zu einer massiven Erhöhung der Anzahl der Grenzgänger aus Frankreich, Belgien und Deutschland. Während die Zahl der Arbeitnehmer aus dem Ausland 1980 bei nur 12.000 lag, beläuft sie sich nach Angaben von STATEC im Jahr 2011 auf 152.200. Die Attraktivität Luxemburgs für Grenzgänger ist bemerkenswert, sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zur nationalen Arbeitnehmerschaft – Arbeitnehmer aus den Nachbarstaaten Luxemburgs stellen einen Anteil von 44% an der Gesamtarbeitnehmerschaft des Landes. Die Konzentration der Peripheriegebiete auf den Ballungsraum Luxemburg ist besonders hervorzuheben: Das Metropolgebiet hat 930.000 Einwohner, fast doppelt so viele wie die Gesamtbevölkerung des Landes (ESPON 2010).

Das Fehlen grenzübergreifender metropolitaner Zusammenarbeit

Im Gegensatz zum Ausmaß der funktionalen Integration, die sich über die Grenzen Luxemburgs hinaus erstreckt, gibt es bisher überhaupt keine Struktur der grenzübergreifenden Zusammenarbeit auf Ebene der Metropolregion. Auf interregionaler Ebene spielt Luxemburg eine aktive Rolle innerhalb der Großregion, einer Region der Zusammenarbeit, die 1970 auf der Basis der Vereinigung des Bundeslands Saarland, der Region Lorraine und Luxemburgs gebildet wurde und die zunächst den Namen Saar-Lor-Lux trug; nachfolgend traten Rheinland-Pfalz und Wallonien der Großregion bei (siehe Abb.1). Obwohl diese Region von den nationalen Instanzen keinerlei politische Durchsetzungsfähigkeit verliehen bekommen hat, bietet diese Struktur

Luxemburg einen institutionalisierten Rahmen zur Zusammenarbeit, so dass die Region gegenüber anderen regionalen Vereinigungen im Vorteil ist, die nicht über das Privileg eines souveränen Staates verfügen. Im nächsten Abschnitt diskutieren wir, dass auf der Basis dieser Zusammenarbeitsstruktur innerhalb einer europäischen Region das Projekt zur Schaffung einer polyzentrischen, grenzübergreifenden Metropolregion (Metroborder), das bereits seit Jahren in der Pipeline der Verwaltung der Großregion war, im Jahr 2009 offiziell angekündigt wurde (siehe auch Großregion 2011).

Abb. 1. Abgrenzung Luxemburgs und der Großregion



Quelle: Decoville, Durand, Sohn, Walther 2011

Auf lokaler Ebene ist eines der wichtigsten Projekte der grenzübergreifenden Kooperation ohne Frage der Europäische Entwicklungspol (PED auf Französisch). Nach einer Startphase, die von Belgien, Frankreich und Luxemburg initiiert wurde und auf die Förderung der wirtschaftlichen Transformation der Stahlregion Longwy-Rodange-Athus abzielte, begannen die lokalen Behörden der drei Länder Anfang der 1990er Jahre mit der Entwicklung eines Projekts zur

grenzüberschreitenden Verdichtung. Doch nach zwei Jahrzehnten der Zusammenarbeit sind die Ergebnisse eher gemischt, und das Projekt braucht derzeit ein wenig Aufwind. Der Neustart des PED erscheint fragwürdig, weil eine Nachbarinitiative das Projekt überschattet.

Das ehrgeizige territoriale Entwicklungsprojekt des Baus einer Stadt der Wissenschaften auf dem ehemaligen Industriegelände Esch-Belval im Süden des Landes wird durch die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen der luxemburgischen Stadt Esch-sur-Alzette und den französischen Kommunalbehörden in der Nähe des Standorts gestützt. Auch wenn die Zusammenarbeit, wie auch beim vorherigen Beispiel, auf die lokale Ebene begrenzt ist, ist die Einrichtung eines Europäischen Verbands für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) – ein Instrument zur Zusammenarbeit mit Rechtsstatus – ein Zeichen für das Streben nach institutioneller Integration. Die Stadt Luxemburg hat auf anderem Wege eine grenzübergreifende Zusammenarbeit in Form von Städtenetzwerken gebildet, die in einem Fall Saarbrücken, Trier und Metz (QuattroPole) und in einem anderen Fall Esch-sur-Alzette, Longwy, Arlon, Thionville und Metz (LELA+) verbinden. Ausgeführt „unter den wachsamen Augen des Staats“ stecken diese schwach institutionalisierten Initiativen noch in den Kinderschuhen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit auf Metropolebene. Fakt bleibt jedoch, dass die Zielsetzungen der genannten Städtenetzwerke nicht auf Metropolebene liegen: Das Netzwerk QuattroPole ist in erster Linie ein territoriales Marketingwerkzeug, während LELA+ den Städten die Zusammenarbeit bei einer begrenzten Anzahl an grenzübergreifenden Fragen ermöglicht.

Das Ertragspotenzial der Grenze nutzen

Das Fehlen der grenzübergreifenden metropolitanen Zusammenarbeit in Luxemburg lässt sich auf vielfältige Weise interpretieren. Legt man die Betonung auf die Vorteile, die das Grenzgebiet bietet, so lässt sich die Situation als eine Strategie des Landes Luxemburg zur Wahrung seines Spielraums und insbesondere seiner potenziellen Einnahmen durch Steuer- und regulatorische Unterschiede auslegen (Sohn und Walther 2009). Da die Wirtschaft Luxemburgs stark abhängig ist von Grenzgängern und diese wirtschaftliche Attraktivität teilweise von einer Nischenpolitik sowie von der Zurückhaltung bestimmter Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit staatlicher Souveränität abhängen – insbesondere die Steuer- und regulatorischen Vorteile in den Bereichen Mehrwertsteuer, Steuern für Einzelpersonen, Unternehmen und Wohnsitz (Pieretti, Bourgain und Courtin 2007) –, ist die Wahrung dieser grenzbezogenen Vorteile von grundlegender Bedeutung für das Land. Darüber hinaus ist die Nutzung der Grenze als wirtschaftliche Ressource durch die Nutzung der grenzübergreifenden Unterschiede von besonderer Relevanz für Luxemburg; das Land ist in der Lage, von häufig hoch qualifizierter Arbeitskraft zu profitieren, ohne die Kosten für ihre gesellschaftliche Reproduktion tragen zu müssen. Letztlich ermöglicht es die Grenzposition, dass Arbeiter im Falle eines zyklischen oder saisonalen wirtschaftlichen Abschwungs entlassen werden können, ohne dass sich dies auf die Arbeitslosenquote des Landes auswirkt. Angesichts dieser aus der Nutzung der grenzübergreifenden Unterschiede entstehenden, verhältnismäßigen Vorteile könnte der Aufbau der Zusammenarbeit auf Metropolebene, begleitet von einer Neudefinition der Interventionsparameter und einer Reduktion bestimmter Disparitäten zwischen den Territorien als Bedrohung angesehen werden. Um das Risiko abzuschwächen, dass ein Metropolgebiet zum Gegenstand koordinierter gemeinsamer Maßnahmen wird und sich damit der Kontrolle entzieht, scheint das Land Luxemburg beim Versuch, die Probleme im Zusammenhang mit der Präsenz der Grenze zu lösen, andere Interventionsebenen vorzuziehen.

Diese Erläuterung, die auf der Maximierung der Nutzung der grenzübergreifenden Unterschiede für Luxemburg basiert, muss jedoch eingeschränkt werden. Es gibt weitere Faktoren, die die fehlende Bereitschaft Luxemburgs zur Entwicklung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit auf metropolitaner Ebene erklären können. Damit es zu einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit kommen kann, müssen die Akteure sich zunächst einmal in einer Situation befinden, die dies notwendig oder wünschenswert macht. In Luxemburg ist die Entwicklung der Stadt zu einem europäischen und globalen Knotenpunkt jedoch ein recht neues Phänomen, und die öffentlichen Akteure sind sich noch nicht lange ihrer grenzübergreifenden Dimensionen bewusst. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass die Nähe zur Grenze ein Faktor ist, der den Aufbau von grenzübergreifender Zusammenarbeit stärkt, weil das der einzige Weg ist, mit bestimmten Problemen fertig zu werden (Sohn, Reitel und Walther 2009).

Im Gegensatz zu Basel oder Genf, zwei weiteren grenzübergreifenden Metropolregionen, liegen die Landesgrenzen nicht direkt an der Hauptstadt Luxemburgs, sondern etwa 20 km davon entfernt. Dies ist weit genug, um die Wahrnehmung von Grenzfragen durch die nationale Regierung zu verändern. Zweitens reicht der Wille zur Zusammenarbeit nicht notwendigerweise aus. Diese Vision muss von den Hauptakteuren geteilt werden, die in der Lage sind, einen Konsens zu erzielen. Angesichts der Tatsache, dass es sich bei einem Land in erster Linie um einen gemeinsamen Akteur handelt, der aus einzelnen Vertretern besteht, die von potenziell abweichenden oder gegenläufigen Interessen geleitet werden, könnte sich das Erzielen eines solchen Konsenses als langwieriger und schwieriger Prozess erweisen. Letztlich impliziert der Aufbau grenzübergreifender Zusammenarbeit, dass die kooperationswilligen ausländischen Partner bereits identifiziert wurden. Im Kontext der Großregion führt die territoriale und institutionelle Komplexität, die durch die Vereinigung von sechs Regionen aus vier Ländern entsteht, dazu, dass eine Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Berechtigungen und abweichenden Interessen auf der Bildfläche erscheinen, was die Entwicklung einer soliden und effektiven Partnerschaft alles andere als einfach macht.

Bei der Interpretation der Teilung zwischen funktionaler Integration und institutioneller Reaktion ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich hier nicht um eine unabänderliche Situation, sondern vielmehr um einen dynamischen Prozess der Institutionalisierung einer Grenzregion handelt. Die aktuellen politischen Entwicklungen in Bezug auf die grenzübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Großregion geben Anlass zur Vermutung, dass derzeit eine Strategieänderung erfolgt.

Die Entwicklung einer grenzüberschreitenden polyzentrischen Metropolregion

Im Rahmen des Vorsitzes Luxemburgs beim 11. Gipfel der Großregion (2008-2009) schlug die luxemburgische Regierung die Einführung eines Vorgangs der Reflektion zur Entwicklung einer grenzüberschreitenden polyzentrischen Metropolregion (CBPMR für Cross-Border Polycentric Metropolitan Region) vor. Drei Zielsetzungen werden in diesem Zusammenhang betont: die Stärkung des internen Zusammenhalts der Großregion, die Entwicklung einer Position als Modellregion für grenzübergreifende Zusammenarbeit in Europa und die Konsolidierung des sozioökonomischen Einflusses und der Attraktivität, nicht nur auf europäischer Bühne sondern auch darüber hinaus (Großregion 2009). Auch wenn die aktive Dimension des Prozesses zweifellos einen Bruch mit vorherigen Positionen darstellt, bedarf es zum Verständnis der Motivationen zur Bildung einer CBPMR der Untersuchung der zu Grunde liegenden Interessen

und der räumlichen Veränderungen, die mit der grenzübergreifenden Abhängigkeit einhergehen (siehe ESPON 2010).

Die Notwendigkeit der Berücksichtigung grenzübergreifender Abhängigkeiten

Gefördert durch eine auf Nischen basierende Politik und die Ausnutzung der grenzübergreifenden Unterschiede wird Luxemburgs wirtschaftliches Wachstum begleitet von einer steigenden Abhängigkeit von den Nachbarterritorien. Einerseits profitiert Luxemburg von seiner ökonomischen Attraktivität für Unternehmen und Beschäftigte, doch da ein wesentlicher Anteil seiner Arbeitnehmer in den Nachbarländern lebt, ist Luxemburg strategisch abhängig von diesem Arbeitskräftefluss. Auf der anderen Seite profitieren auch die Grenzgänger von Luxemburgs Vorteilen in Bezug auf Gehälter und Sozialversicherung, was zu einem erheblichen Ertragsfluss für die angrenzenden Nachbarregionen führt, etwa von 1950 Millionen Euro für Lorraine im Jahr 2006 (INSEE 2009). Diese Kapitalflüsse sind umso wichtiger, als einige dieser Regionen aufgrund der Deindustrialisierung mit strukturellen Problemen zu kämpfen haben. Berücksichtigt man das Ausmaß der grenzübergreifenden Abhängigkeiten, so können die Vorteile für Luxemburg und die Grenzregionen auch von schmerzhaften Nachteilen begleitet werden, die sich aufgrund der großen Anzahl von Grenzgängern vor allem in Transportproblemen niederschlagen. Die Auslastung der Strecken zwischen Luxemburg und den Grenzregionen sieht so aus, dass sie die Entwicklung eines Beschäftigungsgebiets behindern könnte und damit der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit der Region schaden könnte.

Hinzu kommt die Notwendigkeit der Entwicklung der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, um die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren und allgemeiner gesprochen, um eine nachhaltige räumliche Entwicklung zu unterstützen. Was die territoriale Dynamik betrifft, profitieren die Grenzgebiete von einer weitaus besseren Verfügbarkeit von Grundstücken und Immobilien als in Luxemburg. Die Folge davon ist der Wegzug einiger tausend Haushalte aus Luxemburg ins angrenzende Ausland, die jedoch weiter in ihrem Heimatland arbeiten (Carpentier 2010). Die hohen Grundstückspreise führen auch zu einer Verlangsamung der Umsiedlung neuer ausländischer Arbeitskräfte, was automatisch die Probleme der Mobilität zwischen Heim und Arbeitsplatz verschärft. Die Unterschiede in der Attraktivität der Wohnlage tragen zu einem Prozess der funktionalen Teilung bei, einerseits mit einem Metropolzentrum, in dem sich die Aktivitäten und die Beschäftigung konzentrieren, und andererseits mit Randgebieten, die zu Schlafstädten werden. Zu dieser funktionalen Teilung kommen Mechanismen der gesellschaftlichen Segregation durch die Wohnsitztrennung, die zu grenzübergreifenden Unterschieden beitragen und langfristig den sozialen und territorialen Zusammenhalt der grenzübergreifenden Metropolregion gefährden können.

Angesichts der verschiedenen Probleme, die über die territorialen Grenzen staatlicher Souveränität hinausgehen, können die Lösungen nicht von einem einzelnen Akteur vorgelegt werden, sondern verlangen eine ehrgeizige Form der grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Ein Hemmschuh ist die institutionelle und politische Fragmentierung des grenzüberschreitenden Territoriums. Durch die Beteiligung von vier Ländern, die allesamt unterschiedliche kulturelle, territoriale und rechtliche Charakteristika aufweisen, gestaltet sich die Koordination der öffentlichen Handlungen schwierig. Aufgrund der funktionalen Abhängigkeiten der territorialen Einheiten, die das grenzübergreifende System bilden, sorgt die institutionelle Fragmentierung für Unsicherheit. Wie kann die öffentliche Politik koordiniert werden und eine zusammenhängende

räumliche Entwicklung stattfinden, wenn es an Dialog und Austausch mangelt? Wie können die unterschiedlichen Interessen einer Vielzahl von Akteuren zusammengeführt werden, wenn es keine effektive Koordination gibt? Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit bei der Lösung von Problemen, die sich auf die grenzüberschreitende Region auswirken, drückt sich in dem Wunsch nach Zusammenarbeit aus, um von den positiven Auswirkungen des territorialen Marketings zu profitieren. Die Tatsache, dass die grenzüberschreitende metropolitane Region als neues Referenzterritorium im internationalen Wettbewerb zwischen Metropolen dient, könnte ein Ansporn für die Zusammenarbeit sein (Lefèvre 2004). Doch die Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit auf Metropolebene stellt in jedem Fall eine Herausforderung dar, unabhängig davon, ob sie von Entscheidungsträgern oktroyiert wird oder man sich aktiv dafür entscheidet.

Die Herausforderung eines politischen Plans in der Umsetzung

Die Errichtung einer grenzüberschreitenden polyzentrischen Metropolregion umfasst die Schaffung einer Zusammenarbeitsstruktur, die mit der Umsetzung eines Projekts befasst ist. Statt sich mit der Festlegung eines Rahmens zur Zusammenarbeit zu beschäftigen, der zur Dynamik der Integration passt, die zwischen Luxemburg und seinen Grenzterritorien herrscht, scheinen die Entscheidungsträger der Großregion sich mit dem bestehenden institutionellen Rahmenwerk zufriedenzugeben.

Diese Entscheidung bringt einige unbestreitbare Vorteile, aber eben auch wesentliche Nachteile. Was die Vorteile angeht, lässt sich sagen, dass durch die Entscheidung der Großregion für den institutionellen vorgegebenen Rahmen die verantwortlichen Akteure sich den arbeitsintensiven Vorgang der Festlegung eines neuen Rahmens erspart haben und damit auch alles, was das in Bezug auf politische Interessen und Machtstrategien mit sich bringen würde, insbesondere in einem territorialen Zusammenhang, der so komplex ist wie der der Großregion. In der Theorie könnte die Mobilisierung einer bestehenden Struktur die Umsetzung des Projekts unkomplizierter und zeitsparender gestalten, vor allem angesichts der Tatsache, dass die Idee einer polyzentrischen Metropolregion im Herzen der Großregion bereits seit den 1990er Jahren in verschiedenen Ausführungen immer wieder auf den Tisch gebracht worden ist. In der Realität ist die Wahl der Großregion jedoch deswegen problematisch, weil die territorialen Grenzen die in die Metropolregion integrierte funktionale Region bei weitem übersteigen: Vergleichend sei hierzu darauf hingewiesen, dass die auf Luxemburg konzentrierte Metropolregion (4.344 km²) gerade einmal 7% des Gesamtgebiets der Großregion (65.400 km²) ausmacht. Für Regionen wie Rheinland-Pfalz, Wallonien und in geringerem Ausmaß Lorraine bleibt der Teil ihres Territoriums, der direkt vom Vorgang der grenzübergreifenden Integration mit Luxemburg betroffen ist, vergleichsweise klein, was sicherlich relevant ist in Bezug auf die Einstellung der Behörden, die für die Verwaltung dieser Regionen zuständig sind.

Wenn es auch viele Euroregionen wie die Großregion in Europa gibt (Perkmann 2003), so ist doch deren Beteiligung an grenzübergreifender Zusammenarbeit auf Metropolebene begrenzt. Meistens wurden Ad-hoc-Strukturen der Zusammenarbeit geschaffen, die relativ gut an die funktionalen urbanen Regionen angepasst wurden, deren territoriale Entwicklung sie koordinieren sollen. Eine mögliche Lösung bestünde darin, innerhalb der Großregion einen restriktiveren Handlungsrahmen vorzugeben, auf der Grundlage dessen die Errichtung der CBPMR stattfinden könnte. Die Definition einer „funktionsfähigen“ Großregion ohne diese

territorialen Ränder würde dann in einen Führungsansatz über mehrere Ebenen hinweg integriert, der für europäische grenzüberschreitende Regionen charakteristisch ist. Diese Lösung würde jedoch nicht die Frage des Bezugs zu bestehenden Strukturen der Zusammenarbeit klären, wie etwa zum Saarbrücken-Moselle Est Eurodistrict oder dem Sillon Lorrain.

Neben der Frage der Form der institutionellen Struktur bleibt aber auch das Problem der am Entstehungsprozess der grenzübergreifenden Metropolregion beteiligten Akteure. Bis heute hat die Großregion die zehn regionalen und nationalen Behörden, aus denen sich der Führungsgipfel zusammensetzt, stets umfassend beteiligt. Mit Blick auf die Entwicklung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit metropolitaner Natur scheint die Einbeziehung der größten Städte und Kommunalbehörden unerlässlich zu sein. Als Knotenpunkte innerhalb der Globalisierungsnetzwerke und damit als Motoren der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung muss die Rolle der urbanen Zentren als kollektive und territoriale Akteure anerkannt und in die Definition und Ausführung des Projekts integriert werden. Dies ist nicht nur eine Frage der reinen Beratung mit Behörden und deren lokal gewählten Vertretern zu den vom Land oder den regionalen Akteuren umgesetzten Prozessen, sondern es geht um deren enge Integration in den Vorgang der Entwicklung einer Vision und einer gemeinsamen Strategie. Neben der Betrachtung der Städte als politische Institutionen ist es ebenso wichtig, die wirtschaftlichen und kulturellen Akteure, die gesellschaftlichen Organisationen und, allgemeiner gesprochen, alle Kräfte zu berücksichtigen, die diese bilden, um der Vielfalt der Interessen gerecht zu werden und einer Struktur Bedeutung zu verleihen, die gleichzeitig politischer und sozialer Natur ist (Le Galès 2003).

Die Ankündigung der Errichtung einer CBPMR innerhalb der Großregion beantwortet letztlich nicht die Frage, welche geographischen Ebenen ein solches Projekt bevorzugen sollte oder welche Formen der Kooperation davon ausgehen würden. Die Entscheidungsträger der Großregion stützen zwar die Vision einer polyzentrischen Metropolregion, doch die Dynamik der funktionalen Integration des Metropolraums Luxemburg betrifft einen kleineren Bereich, der sich um die Hauptstadt Luxemburg als zentralem Fokus bildet. Weil der Polyzentrismus ein wesentlicher Faktor in dieser Institutionalisierung der grenzübergreifenden Integration über mehrere Ebenen hinweg ist, bedarf es einer genauen Untersuchung des Konzepts und seiner Bedeutungen, um die Gründe für einen solchen Wechsel konkreter benennen zu können.

Polyzentrismus: territoriale Vision oder politische Position?

Die Verwendung des Polyzentrismus-Konzepts wirft eine Reihe von Fragen auf, die sich durch die Vielfalt der Ansätze und Definitionen, die herangezogen werden, um das Phänomen zu verstehen, nicht unbedingt unkomplizierter beantworten lassen. Wie Kloosterman und Musterd (2001), Davoudi (2003) und Cattani (2007) aufzeigen, ist die Geschichte des Konzepts des Polyzentrismus ähnlich der Geschichte anderer Konzepte: Ursprünglich entwickelt als ein Analysewerkzeug zur Unterstützung der Beschreibung der Realität, wurde das Konzept häufig in eine normative Agenda übertragen, die die Richtung europäischer Programme vorgeben sollte. Wenn die Errichtung einer grenzüberschreitenden polyzentrischen Metropolregion zur Priorität würde, wäre es nichtsdestotrotz wünschenswert, einerseits den polyzentrischen Charakter der Großregion zu verstehen und andererseits ihre morphologischen und funktionalen Aspekte von den verschiedenen Ebenen, auf denen man den Polyzentrismus betrachten kann, zu unterscheiden.

Morphologischer Polyzentrismus bezieht sich auf die räumliche Verteilung der Stadt, während der funktionale Polyzentrismus beschreibende Kriterien (Welche urbanen Funktionen sind beteiligt?) und Beziehungsvariablen (Wo sind die Verbindungen zwischen den Städten?) kombiniert. Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Dimensionen des Polyzentrismus ist von entscheidender Bedeutung, um die räumliche Organisation zu analysieren, weil der morphologische Polyzentrismus häufig mit funktionalem Monozentrismus verknüpft wird, wie zum Beispiel in Brüssel, London und den Niederlanden (Hall und Pain 2006, ESPON 2007). Aus Studien auf europäischer Ebene wird auch klar, dass Polyzentrismus, wo er existiert, von stark morphologischer Natur ist. Die Ebene, auf der eine Analyse des Polyzentrismus erfolgt, wird auch durch die funktionale Dynamik und die Übernahme geeigneter Richtlinien bestimmt. Polyzentrismus kann in der Tat herangezogen werden, um die gesamte europäische Ebene zu charakterisieren, wie beispielsweise in der Räumlichen Entwicklungsperspektive (European Commission 1999), auf inter- oder intra-urbaner Ebene.

Die bis heute durchgeführten Analysen legen nahe, dass die Großregion sich aus mehreren funktionalen Metropolräumen zusammensetzt, die sich manchmal überlappen und manchmal ohne Berührungspunkte verlaufen (e-BIRD 2005, ESPON 2010). Sicherlich haben alle betroffenen Metropolgebiete mehrere Sekundärzentren, jedoch keine multiplen Zentren wie Randstad und auch keine grenzübergreifenden Zentren, abgesehen von Luxemburg. Der Polyzentrismus innerhalb der Großregion ist daher vor allem morphologisch, was einfach ausgedrückt heißt, dass es mehrere urbane Zentren von gleicher demographischer Größe gibt (Luxembourg, Metz, Nancy, Saarbrücken und Trier, um nur die zu nennen, die sich im Herzen der Region befinden). Die funktionale Dimension des Polyzentrismus ist jedoch viel problematischer; die Analyse der wirtschaftlichen und urbanen Dynamik zeigt eine recht starke Konzentration auf Luxemburg als dem zentralen Wirtschaftsmotor im Herzen der Großregion (Sohn und Walther 2008).

Die polyzentrische Dimension des entstehenden CBPMR könnte somit als Wunsch aufgefasst werden, dass die Zukunft mit der Gegenwart brechen soll – davon ausgehend, dass es nicht allein um politische Positionierung geht, die darauf abzielt, die Grenzpartner von den ‚nicht hegemonischen‘ Absichten Luxemburgs in Bezug auf die metropolitane Zusammenarbeit zu überzeugen. Unabhängig davon, ob das der Fall ist oder nicht, wird die Frage sein, in welchem Ausmaß Luxemburg als dominantes Wirtschaftszentrum eine gleichmäßige Verteilung der Rollen innerhalb der angestrebten Kooperation akzeptieren wird. Diese Bemerkung führt uns zu der Frage nach den politischen Kompromissen, die die Grundlage für die Entwicklung einer ehrgeizigen grenzübergreifenden Zusammenarbeit bilden müssen. Wenn nicht zumindest in gewissem Maße eine Infragestellung der wirtschaftlichen, steuerlichen und regulatorischen Unterschiede erfolgt, die den funktionalen Asymmetrien zwischen dem Metropolzentrum und seinen Randgebieten zu Grunde liegen, wird die Entwicklung gemeinsamer strategischer Pläne, die zum Bau einer CBPMR führen, schwierig. Berücksichtigt man die Vielzahl der sozialen und wirtschaftlichen Interessen, die bei einem solchen Projekt auf dem Spiel stehen, ist man besser in der Lage, die Größe der Aufgabe und der Herausforderung für alle Akteure zu erfassen.

Schlussfolgerung

In Luxemburg hat die funktionale Integration der Grenzterritorien in die Metropoldynamik bisher nicht zur Bildung eines politischen Systems geführt, das in der Lage wäre, die Entwicklung eines Territoriums auf grenzüberschreitender Ebene zu verwalten. Dies hat sich aber nicht hemmend ausgewirkt, sondern vielmehr eine bemerkenswerte wirtschaftliche Expansion gestützt, von der sowohl Luxemburg als Beschäftigungszentrum, als auch die umgebenden Regionen durch die Neuverteilung der Einnahmen von Grenzgängern profitiert haben. Berücksichtigt man den Umfang der sozioökonomischen Abhängigkeiten und die Notwendigkeit der Betrachtung bestimmter grenzübergreifender Fragen, die für das Überleben dieser Territorien entscheidend sind, so erkennt man einen Strategiewechsel. Der Gipfel der Entscheidungsträger der Großregion forciert eine Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit auf Metropolebene und unterstützt daher eine grenzüberschreitende polyzentrische Metropolregion. Im grenzübergreifenden Kontext ist das Entstehen neuer Strukturen der Zusammenarbeit und die Definition neuer Institutionen ein langfristiger Prozess, der aus der Kombination von Makrofaktoren (europäische Integration, geopolitische Veränderungen und Globalisierung) und Mikrofaktoren entsteht, die sich auf die Machtverhältnisse zwischen den Akteuren beziehen.

Während der Verlauf eines solchen Projekts notwendigerweise lang, komplex und unsicher sein wird, ist das Land Luxemburg von zentraler Bedeutung für die auftretenden Fragen. Das Land hat seine souveräne Staatsmacht ausgeübt und ein gewisses Geschick in der Nutzung der Grenze als wirtschaftliche Ressource gezeigt und muss jetzt in den Dialog und die Verhandlungen mit seinen Grenzpartnern treten, um ein grenzübergreifendes Regime zu bilden, das sich nicht länger auf asymmetrische funktionale Beziehungen, sondern vielmehr auf eine gemeinsame und ausgeglichene Vision der wirtschaftlichen und räumlichen Entwicklung stützt. Das Projekt einer grenzüberschreitenden Metropolregion mag noch Utopie sein, dadurch verliert es aber nicht an Notwendigkeit.

Literatur

- Anderson J, O'Dowd L. 1999. Borders, border regions and territoriality: contradictory meanings, changing significance. *Regional Studies* 33(7): 593-604.
- Anderson J, O'Dowd L, Wilson T.M. (eds) 2003. *New borders for a changing Europe: cross-border co-operation and governance*. London: Routledge.
- Blatter J. 2003. Beyond hierarchies and networks: institutional logics and change in transboundary spaces. *Governance* 16(4): 503-526.
- Carpentier S. (ed.) 2010. *Mobilité résidentielle transfrontalière des actifs du Luxembourg*. Luxembourg: St-Paul.
- Cattan N. (ed.) 2007. *Cities and networks in Europe. A critical approach of polycentrism*. Montrouge: John Libbey Eurotext.
- Davoudi S. 2003. Polycentricity in European spatial planning: from an analytical tool to a normative agenda. *European Planning Studies* 11(8): 979-999.
- De Boe P, Grasland C, Healy A. 1999. *Spatial integration*. Study Programme on European Spatial Planning, Final report 1.4.
- e-BIRD 2005. *Comprendre les bassins de main-d'œuvre de la Grande Région*. Conference proceedings "Détermination des bassins de main-d'œuvre fonctionnels", Luxembourg 14th November.
- European Commission. 1999. *European spatial development perspective. Towards balanced and sustainable development of the territory of the European Union*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- ESPON 2007. *Study on urban functions*, 1.4.3. Final Report. Luxembourg: ESPON.
- ESPON 2010. *Metroborder. Cross-border polycentric metropolitan regions*. Luxembourg: ESPON.
- Großregion. 2009. *Gemeinsame Erklärung*. Luxembourg: Presidency of the 11th Summit of the Greater Region, 17th July.
- Großregion. 2011. *Berliner Erklärung*. Berlin, 7. July.
- Hall P, Pain K. (eds) 2006. *The polycentric metropolis. Learning from mega-city regions in Europe*. London: Earthscan.
- Hansen N. 1977. Border regions: a critique of spatial theory and a European case study. *Annals of Regional Science* 11(1): 1-14.
- INSEE 2009. Les revenus des ménages du nord lorrain: "boostés" par les salaires frontaliers, *Economie Lorraine* 154.
- INSEE-OCSTAT 2008. *Synthèse 2008*. Observatoire statistique transfrontalier des accords bilatéraux. Geneva, Lyon: OCSTAT, INSEE.
- Kloosterman R.C, Musterd S. 2001. The polycentric urban region: towards a research agenda. *Urban Studies* 38(4): 623-633.
- Le Galès P. 2003. *Le retour des villes européennes. Sociétés urbaines, mondialisation, gouvernement et gouvernance*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Lefèvre C. 2004. *Les coopérations métropolitaines en Europe*. Paris: DATAR.
- Leresche J.-P, Saez G. 2002. Political frontier regimes: towards cross-border governance? In Perkmann M, Sum N.-L. (eds) *Globalization, regionalization and cross-border regions*. London: Palgrave MacMillan: 77-99.
- Lösch A. 1940. *Die räumliche Ordnung der Wirtschaft*. Jena: Gustav Fischer.

- Mission Opérationnelle Transfrontalière (MOT) 2006. *Bonnes pratiques de gouvernance dans les agglomérations transfrontalières en Europe*. Report to the French-Belgian study group. Paris: MOT.
- O'Dowd L. 2003. The changing significance of European borders. In Anderson J, O'Dowd L, Wilson T.M. (eds) *New borders for a changing Europe: cross-border cooperation and governance*. London: Frank Cass: 13-36.
- Perkmann M. 2003. Cross-border region in Europe: significance and drivers of regional cross-border co-operation. *European Urban and Regional Studies* 10(2): 153-171.
- Perkmann M. 2007. Policy entrepreneurship and multilevel governance: a comparative study of European cross-border regions. *Environment and Planning C: Government and Policy* 25: 861-879.
- Pieretti P, Bourgain A, Courtin P. 2007. *Place financière de Luxembourg. Analyse des sources de ses avantages compétitifs et de sa dynamique*. Brussels: De Boeck.
- Reitel B. 2006. Governance in cross-border agglomerations in Europe. The examples of Basel and Strasbourg. *Europa Regional* 14(1): 9-21.
- Reitel B. 2007. Les agglomérations transfrontalières: des systèmes urbains en voie d'intégration? Les espaces urbains de la 'frontière' du territoire français. *Geographica Helvetica* 1(7): 5-15.
- Saez G, Leresche J.-P, Bassand M. (eds) 1997. *Gouvernance métropolitaine et transfrontalière*. Paris: L'Harmattan.
- Sohn C. 2010. El papel ambivalente de las fronteras en la construcción de la metrópolis transfronterizas en Europa. Los casos de Basilea, Ginebra y Luxemburgo. *Documents d'Anàlisi Geogràfica* 56(1): 167-184.
- Sohn C. (ed.) 2011. *Luxembourg : an emerging cross-border metropolitan region*. Brussels, Peter Lang.
- Sohn C, Reitel B., Walther O. 2009. Cross-border metropolitan integration in Europe: the case of Luxembourg, Basel and Geneva. *Environment & Planning C: Government and Policy* 27: 922-939.
- Sohn C, Walther O. 2009. Métropolisation et intégration transfrontalière: le paradoxe luxembourgeois. *Espaces & Sociétés* 138: 51-67.
- Van Houtum H., Gielis R. 2006. Elastic migration: the case of Dutch short-distance transmigrants in Belgian and German borderlands. *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie* 97(2): 195-202.
- Walther O, Schulz C. 2009. Finanzplatz Luxemburg. Vom 'Steuerparadies' zur Investmentfonds-Kapitale. *Geographische Rundschau* 61(1): 30-35.